



HESSISCHER LANDTAG

27. 08. 2019

Plenum

Entschließungsantrag

Fraktion der AfD

Die demografische Entwicklung – auch in Hessen die entscheidende Ursache und die wahrscheinlichste Lösung grundsätzlicher wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme, die in naher Zukunft auf uns zukommen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die bisherigen Konzepte und Bemühungen in den Ländern und im Bund für ein seit über 50 Jahren bekanntes Problem, die ungenügende Anzahl der für den Erhalt der Bevölkerung notwendigen Geburten eigener Kinder zu lösen oder in seiner Dramatik wenigstens abzumildern, müssen als gescheitert angesehen werden.
Angesichts der wenigen verbleibenden Jahre für eine Umkehr dieser Entwicklung wolle der Landtag die notwendigen Mittel und Strukturen bereitstellen, damit die Situation unvoreingenommen analysiert und neue, erfolgversprechendere Konzepte erarbeitet werden können.
2. Hessen mache es zu seiner Aufgabe, diese Initiative über den Bundesrat zu einem der wichtigsten Themen für Deutschland zu machen.

Begründung:

Deutschland, Hessen und sogar die Europäische Union stehen vor einer großen demografischen Herausforderung. In spätestens 15 Jahren wird ein großer Teil der Arbeitnehmer, mit den dann höchsten Einkommen, den höchsten Steuerzahlungen und den höchsten Beiträgen in die Sozialsysteme vom Einzahler zum Empfänger und das auch noch mit den höchsten bisher erreichten Ansprüchen an diese Systeme.

Aber abseits von den Problemen mit der Altersversorgung. Eine schnell vergreisende Bevölkerung ist keine gesunde Basis für eine gute und sichere Zukunft für Deutschland in einer Welt gewaltiger Veränderungen und Herausforderungen.

Dies wird zeitlich zusammenfallen mit der Notwendigkeit der Rückzahlung der aufgehäuften gewaltigen nationalen und internationalen Schulden, der Investitionen in die Wiederherstellung und die Aufrechterhaltung der technologischen Konkurrenzfähigkeit unseres Landes und der absehbaren, politisch gewollten, drastischen und einseitigen Verteuerung der Energieversorgung.

Vollständig lösen kann man das Problem der zu wenigen Schultern für diese Lasten in wenigen Jahren wahrscheinlich nicht mehr. Wir könnten es aber abmildern, mit einschneidenden Entscheidungen und Veränderungen in den nächsten 15 Jahren, d.h. in und mit der nächsten Generation.

Die bisherige Lösung über die Einwanderung aus den umgebenden EU-Ländern wird nicht mehr lange funktionieren, schon allein aufgrund der Dimensionen. Länder wie Spanien, Griechenland, Bulgarien, Rumänien bluten schon heute regelrecht aus.

Der Versuch, es über die Immigration aus Ländern des Nahen Ostens oder aus Afrika zu lösen, hat sich als Irrweg erwiesen. Dieser Weg hat geradezu tragische Aspekte, da er weder für unsere Probleme eine Lösung darstellt noch für die Herkunftsländer. Allseits bekannte Beispiele für entsprechende Stellungnahmen aus Wissenschaft und Politik sind unten aufgeführt.

Was bleibt, was müssen, was können wir tun?

1. Wir können uns mit der Situation und der Entwicklung abfinden. Dann müssen wir aber die Menschen in Deutschland auf die Konsequenzen einstimmen oder auf Wunder vertrösten.

Deutschland muss dann umgehend auf eine schnell schrumpfende aktive Bevölkerung vorbereitet und eingestellt werden. Mit allen politischen und ökonomischen Problemen.

2. Wir können aber auch versuchen, den Trend zu drehen.

Nach einschlägigen Untersuchungen ist es der Traum von fast 70 % der jungen Menschen in Deutschland, eine eigene Familie zu gründen und sogar für mehr als 2 Kinder Vater und Mutter zu werden. Leider realisieren nur noch weniger als 40 % eines Jahrgangs ihren Traum.

Was müssen wir tun, was muss verändert werden, damit die jungen Menschen sich in der Mehrheit wieder vermehrt dazu entschließen können, eine Familie zu gründen und Eltern zu werden? Das wachsende Bewusstsein unserer jungen Menschen für die eigene Verantwortung und für die Zukunft unseres Landes wird und muss uns dabei helfen, den Dialog aufzunehmen.

Diesem Teil der jungen Menschen in Deutschland müssen wir wieder verstärkt unsere Beachtung zuwenden und sie mit den notwendigen Mitteln ausstatten.

Zwei rein exemplarische Stellungnahmen aus Wissenschaft und Politik:

1. Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen (Institut für Finanzwissenschaft und Sozialpolitik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg)

„Meinen Berechnungen liegen sämtliche Staatsausgaben, wie zum Beispiel die Sozialversicherung, zugrunde, die über die Lebenszeit eines Flüchtlings für den Staat anfallen.

70 % der Flüchtlinge sind unqualifiziert, etwas 25 % sogar Analphabeten. Unterstellen wir einmal, dass ein 35-jähriger Flüchtling nach fünf Jahren für einen Beruf qualifiziert ist. Wenn dieser dann mit 40 Jahren in den Arbeitsmarkt kommt, kann er niemals 45 Jahre lang Beiträge zahlen, um eine auskömmliche Rente zu erhalten. Soll heißen: Selbst bei einer Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt innerhalb von sechs Jahren belaufen sich die Zusatzkosten langfristig auf 900 Milliarden Euro.“ (Der Selbständige 06-2017: www.bds-dgv/pdf/Rffelhueschen.pdf)

2. Wolfgang Bosbach, CDU, Gastbeitrag, 09.02.2019

„Mittlerweile hat sich auch die Erkenntnis durchgesetzt, dass doch nicht alle Flüchtlinge Ärzte, Ingenieure oder Architekten sind. Für Sprach- und Integrationskurse gibt allein der Bund über 700 Millionen Euro aus – pro Jahr!

Ein großer Teil dieser Mittel muss für Alphabetisierungs- und Umalphabetisierungskurse aufgewandt werden. Trotzdem erreicht nicht einmal die Hälfte aller Teilnehmer das angestrebte Unterrichtsziel, bzw. Sprachniveau. Und jetzt?“

(www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_85216994/kommentar-soll-das-wort-asyl-alle-einreiseformalitaeten-ersetzen.html)

Wiesbaden, 27. August 2019

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe